

Die Zeitung erscheint täglich des Abends. — Bestellungen werden angenommen von allen Postämtern des In- und Auslandes.

Leipziger Allgemeine Zeitung.

Preis für das Vierteljahr 2 Thlr. — Inserionsgebühr für den Raum einer Zeile 1 1/2 Gr.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Geseh!»

Spanien. — Großbritannien. († London.) — Frankreich. († Paris.) — Belgien. — Niederlande. — Deutschland. (†† München; * Bamberg; ** Dresden; Hildesheim; Lüneburg.) — Italien. (* Rom; Rom; * Neapel.) — Schweden und Norwegen. (Stockholm.) — Türkei. — Vereinigte Staaten von Nordamerika. — Mexico. — Börsennachrichten. — Ankündigungen.

Spanien.

Die Nachricht von der Auflösung des Feuerstencorps (Nr. 17) wird durch die neuern Nachrichten aus Bayonne noch nicht bestätigt. — Nach einem Brief aus Saragossa vom 9. Jan., den der Phare mittheilt, ist die Division des Generals Ayerbe am 8. Jan. unter dem Brigadier Mir von Carinena nach Darcoca marschirt; von da sollte eine Brigade derselben detachirt werden, um einen bedeutenden, von Madrid kommenden Munitionstransport zu escortiren, die andere aber zurückbleiben, um die Bewegungen Langostera's zu beobachten, der mit vier Bataillons und drei Escadrons in Orlite stand und, wie man meint, die Ebenen von Bello zu besetzen und jenen Transport anzugreifen beabsichtigte.

Großbritannien.

London, 12. Jan.

Auf das Gesuch einer großen Anzahl achtbarer Einwohner der Stadt Liverpool und der Umgegend hat der Mayor eine öffentliche Versammlung zur Berathung über die Getreidegesetze auf den 16. Jan. anordnet. — Am 10. Jan. versammelte sich der zur Bekämpfung der Getreidegesetze gegründete Verein in Manchester, um über die zur Erreichung seines Zweckes geeigneten Mittel sich zu berathen. Es waren mehre der ersten Kaufleute und Manufacturisten zugegen und einige derjenigen, die an den Verhandlungen der dortigen Handelskammer (Nr. 4) Theil genommen hatten. Hr. Poole, ein Fabrikbesitzer, der 800 Arbeiter beschäftigt, führte den Vorschlag, „Man hat gesagt, äußerte er, daß wir aufgehört haben, Leinwand zu weben, und nur noch Spinner sind; aber dies ist nicht Alles: auch der Garnhandel nimmt ab, und bald dürften wir es nöthig finden, die Spinner auszuführen. Zuerst verlor wir den Handel mit Manufacturwaaren, dann den Garnhandel, endlich den Baumwollenhandel, und ich habe es bereits im vorigen Jahre vortheilhafter gefunden, Baumwolle auszuführen; dann müssen die Arbeiter folgen. Man hat einige der in der letzten Versammlung der Handelskammer angeführten Thatsachen über den Umfang des Handelsverfalles bezweifelt, doch dies ist minder wichtig, und man muß nur die eine unwidersprechliche Thatsache ins Auge fassen, daß die Nationen auf dem Festland ihre Aufmerksamkeit auf Manufacturen richten, daß sie ebenso viele Hände und Finger haben als wir, und daß, wenn wir nicht ihr Getreide für unsere Manufacturwaaren nehmen, der Handel unseres Landes unvermeidlich zu Grunde gehen muß.“ Ein anderer Sprecher, Hr. Smith, machte den Antrag, nach dem Beispiele der in Glasgow gehaltenen Versammlung (Nr. 19) das Parlament zu bitten, durch einen Sachwalter ihre Angelegenheit vor den Schranken des Unterhauses führen zu dürfen. Hr. Greg, einer der kräftigsten Wortführer bei den Verhandlungen der Handelskammer zu Manchester, sagte, indem er jenen Antrag unterstützte, diese Angelegenheit habe die lebhafteste Theilnahme in dem ganzen Lande erweckt, und es verlange das Interesse der gewerbetreibenden Klasse, die Stimmung zu benutzen, die überall zu ihren Gunsten sich erkläre; aber zur Erreichung ihres Zweckes seien Geldmittel nöthig, sowohl um ihre Sache vor dem Parlament, als auch durch die öffentlichen Blätter vor dem Publicum zu führen. Der Antrag ward einstimmig angenommen. Bei dem Schlusse der Versammlung waren über 1800 Pf. St. unterzeichnet, und es ward angekündigt, daß vor Ende der Woche die Unterzeichnung auf 5000 Pf. St. steigen würde. „Die Manufacturisten in Manchester, sagt das Morning Chronicle, rüsten sich zum Kampfe. Wir wußten, daß, wenn sie einmal die Sache angriffen, sie die rechten Mittel ergreifen würden, den Sieg zu sichern. Sie

sehen, daß es das Interesse des Landes fodert, nicht länger mit der Frage zu spielen. Es ist ein Kampf zwischen den Grundeigenthümern, die allerdings ein Übergewicht im Parlamente haben, und der städtischen Bevölkerung des Landes, der zahlreichsten städtischen Bevölkerung in der Welt, die sich durch einen hohen Grad praktischer Geschicklichkeit und die hochwichtigen Kenntnisse auszeichnet, die sie in Stand setzen, ihren Zweck durch die wirksamsten Mittel zu erreichen. So verblendet die Grundeigenthümer hinsichtlich der Getreidegesetze auch sein mögen, sie werden wider Willen den Forderungen der städtischen Bevölkerung des Reiches nachgeben. Das von Glasgow und Manchester vorgeschlagene Verfahren, welches die Zustimmung aller andern Städte erhalten wird, ist vortrefflich darauf berechnet, den Widerstand der Grundeigenthümer zu besiegen. Die Manufacturisten werden das Parlament mit unwiderstehlichen Thatsachen bestürmen. Von einem Ende des Landes bis zum andern wird das Volk durch die einzelnen Thatsachen aufgeregt werden, die jeder Tag ans Licht bringen wird. Dies ist grade eine der Fragen, bei welchen politisches Übergewicht sich am wenigsten wirksam zeigen möchte.“ Der Sun dagegen warnt, die Nacht und die Verbindungen der 30,000 Landeigenthümer nicht zu gering anzuschlagen; es könne eine Niederlage hinsichtlich der Getreidegesetze herbeigeführt werden, wenn man sich einen zu leichten Sieg verspreche. Auch sei es eine irrige Voraussetzung, daß das Volk zu einer Unterstützung bereit sei, wenn eine Berufung an dasselbe statt finden sollte. „Die Anführer der Chartisten haben sämmtlich von der Aufregung gegen die Getreidegesetze abgemahnt und erklärt, daß sie sich solchem Beginnen widersetzen werden, wenn nicht zuvörderst Beschlüsse für das allgemeine Stimmrecht angenommen würden. Wir bedauern dies sehr und haben uns bemüht es abzuwenden, und wenn es uns nicht gelungen ist, so liegt es hauptsächlich an der unglücklichen Verstimmung zwischen den Fabrikherren und ihren Arbeitern, welche durch das unzeitige Verfahren gegen Stephens nicht vermindert worden ist. Statt der öffentlichen Versammlungen, welche früher die Organe der Volksstimmung waren, müssen die Manufacturisten jetzt leider zu den Handelskammern ihre Zuflucht nehmen, einer neuern französischen Einrichtung, die unserer Verfassung unbekannt ist. Wir bemerken diese Entfremdung zwischen Fabrikherren und Arbeitern mit Bedauern, weil sie dazu beiträgt, der Herrschaft der Blutsauger eine längere Dauer zu sichern und am Ende eine gewaltsame Umwälzung zu beschleunigen. Einige, vielleicht viele in ihrer Erwartung getäuschte Manufacturisten werden in diesem Falle, wenn ihnen Verderben droht, dieselben Ansichten von der Gesetzgebung fassen, welche die nicht stimmberechtigten Klassen hegen, und sich mit diesen vereinigen, um allgemeines Stimmrecht zu erlangen. Die Chartisten sind überall vortrefflich getäuscht und bedürfen nur geringer Ermunterung und Unterstützung von vermögenden Personen, um ihren Zweck zu erreichen. Sollte daher eine bedeutende Anzahl von Manufacturisten durch die Gleichgültigkeit der Regierung oder durch die böshafte Hartnäckigkeit der Grundeigenthümer dahin getrieben werden, mit den Chartisten gemeine Sache zu machen, so könnte das Parlament gefährdet, wo nicht gestürzt werden. Nicht über die Getreidegesetze soll jetzt verhandelt werden, denn sie sind schon längst verurtheilt; sondern auf die Minister und das Parlament ist es abgesehen, und wenn sie nicht im Gefühle der Pflicht gegen das Publicum den Teufelsgesetzen ein Ende machen, so werden sie bald heftig angegriffen und wahrscheinlich gestürzt werden.“

— In der Times ließ Hr. Fisher einen an ihn gerichteten Brief der Dichterin Maclean vom 12. Oct. drucken, worin sie Zufriedenheit mit ihrem Loos ausdrückt und sich über ihre nächsten literarischen Pläne mit ruhiger Ausführlichkeit äußert. Der Herausgeber

der Times fügt diesem Schreiben die Anmerkung hinzu: „Solche Briefe beweisen nichts. Nur einem Freunde, und wer hätte mehr als einen, enthält man das Innerste des Gemüthes. Wir fürchten, daß die Dichterin sehr unglücklich war und selbst ihrem Leben ein Ende gemacht hat.“ Jener Brief war L. E. Landon unterzeichnet, und wir bemerken, daß der früher (Nr. 17) von uns erwähnte an Anna Maria Hall die Unterschrift L. E. (Landon) Maclean hatte, der Name Landon aber ausgekratzt und hinzugesetzt war: „Sie sehen, wie schwer man sich von einer alten Gewohnheit losmacht.“ Der gestrige Courier bittet im Namen der nächsten und theuersten Verwandten der betraurten Dichterin die Freunde und Bekannten derselben, sich der Veröffentlichung irgend einer Zuschrift von ihr oder jeder Andeutung zu enthalten, die nur dazu führen könnte, leere, oder zu gleicher Zeit schmerzliche Vermuthungen über die Umstände ihres Todes zu erwecken. So lange es an genauen Nachrichten fehle, dürfe man dies gewiß von Allen verlangen, welchen nach ihren eigenen Äußerungen das Andenken der Verstorbenen heilig sei. Der Courier setzt hinzu, die Dichterin sei keineswegs, wie man irrig gesagt habe, von krankhaft reizbarer, schwermüthiger Stimmung, sondern nach dem Zeugniß ihrer vertrauesten Freunde mit einer Heiterkeit des Gemüthes begabt gewesen, die selbst Sorge und Bekümmerniß nur auf Augenblicke habe trüben können. Mehrere ihrer Freunde sei es bekannt, mit welchen Gefühlen sie bei der Abreise aus England ihren neuen Pflichten und Aussichten entgegengegangen sei, und hinsichtlich ihrer häuslichen Lebensverhältnisse dürfe man das vereinigte Zeugniß des Hauptes der Familie des Hrn. Maclean und ihrer nächsten Verwandten für die Thatsache anführen, daß ihr Gatte in dem Briefe, der ihren Tod meldete, versichert habe, seine Zuneigung gegen sie und sein Vertrauen auf ihre edlen Eigenschaften seien bis zu ihrem Ende unverändert geblieben.

† London, 12. Jan. Die vorgeschlagenen Unordnungen in einigen nördlichen Grafschaften mögen den Ministern eine günstige Gelegenheit scheinen, mit ihrem Projecte, das Polizeisystem der Hauptstadt über ganz England auszudehnen, hervorzutreten, da an die Friedensrichter die Aufforderung ergangen ist, Gutachten über die Einrichtung einer allgemeinen Sicherheitspolizei einzuschicken. In Frankreich ist die Centralisation zu intensiv und dadurch ertödtend für das Besondere; in England ist die Particularisation zu vielfältig und verwirrend. Die gesellschaftlichen Verhältnisse unserer Zeit der reisenden Entwicklung sind zu ausgebildet und vielseitig, als daß nicht das Bedürfniß systematischer Einheit sich fühlbar machen müßte. So hat ja auch die Times, indem sie einen Vergleich zwischen Preußen und England anstellte, kürzlich geklagt, daß es in dem letzten ebenso viele verschiedene Eisenbahngesetze gibt als verschiedene Bahnen. Von den alten englischen Volksfreiheiten sind manche entartet, wie die Berichte des Vereins für die Verbesserung der Verfassung der Stadt über die städtische Administration beweisen, andere sind abgestorben, wie z. B. die Anklage- oder sogenannte große Jury, die in der Wirklichkeit nur eine todt Formel geworden ist. Einescheits fühlt man dieses lebhaft, und andertheils will man doch alte Privilegien nicht fahren lassen. Dieser Conflict wird sich vielleicht mit der Zeit noch mehr entwickeln und greller hervortreten, und er muß die Aufmerksamkeit im höchsten Grade in Anspruch nehmen. Die Lebensfragen der Parteien: geheime Abstimmung, Ausdehnung des Wahlrechtes, sind im Grunde weniger Zweck als Mittel. Denkt man sich den übrigens weitliegenden Fall, daß jene Fragen beseitigt würden, die Reformen ein vollkommenes parlamentarisches Übergewicht gewinnen, so würden dann unter ihnen die Spaltungen über die Frage erst recht einbrechen: was wollen wir nun denn eigentlich? Daß viele Reformen nur Dinge wollen, die man auf dem Continente längst besitzt, ist factisch gewiß. England ist in Gesetzgebung und Administration hinter den Staaten des Continents, namentlich Deutschlands, zurück. Es hat die Friedensjahre vergleichungsweise schlecht benützt. Unsere ewigen Parteikämpfe tragen die Schuld davon, sagte das Edinburgh Review in seinem Octoberhefte; sie consumiren alle Talente; jeder sucht nur als streitender Tory oder Whig oder Radicaler sich auszuzeichnen, nicht als Gesetzgeber oder Administrator. Damit hängt die mangelnde Pflege der Wissenschaften zusammen. Während der Mangel an bedeutenden organischen und legislativen Talenten offenbar ist, verlangte dennoch der Stoff, wie ihn die historische Entwicklung Englands darbietet, Meisterhände. Die Commission, welche für eine strafrechtliche Gesetzgebung niedergesetzt ist, läßt nichts von sich vernehmen, und es scheint beinahe, als wenn sie das Schicksal der Recordcommission erfahren

wollte; und Lord J. Russell bereitet indeß stückweise Gesetze vor. Die Whigs fühlen jedoch das Bedürfniß durchgreifender Gesetze am stärksten, aber sie sind, abgesehen von Andern, schon in ihrer politischen Stellung zu schwach, um sich der Verhältnisse dauernd und wirksam bemächtigen zu können. Mit dem Armengesetze hat man den Anfang gemacht, was ein Mißgriff war, weil dadurch die Armenbevölkerung in ihrem materiellen Befinden beeinträchtigt und auf den großen Abstand zwischen ihr und den höhern Ständen stärker hingewiesen wurde. Ob das Armengesetz an und für sich gut ist oder nicht, ist ziemlich gleichgültig; bei den bestehenden Zuständen in England war aber zuverlässig kein Boden für dasselbe vorhanden, und es wird entweder zur tyrannischen Gewaltmaßregel, oder die Central-Armencommission sieht sich zur Nachgiebigkeit und zu Ausnahmen genöthigt. Man sollte denken, die Zeit würde die Ausgleichung bringen; das liegt aber noch sehr im Zweifel. Das System des Armengesetzes würde verlangen, daß die untern Stände sowol überhaupt materiell besser gestellt wären, andere Vermögens- und Geldverhältnisse existirten, als auch daß sie mehr Sinn für Häuslichkeit und Sparsamkeit hätten. Man will die moralischen Mängel einer schlechten Volkserziehung durch die gewaltsamen Maßregeln des Armengesetzes heben. Die Bewegung der Arbeiter im Norden trägt zwar den Namen einer radicalen, im Grunde aber mit Unrecht, indem sie augenscheinlich eine Bewegung der Besitzlosen und Armen gegen die Reichen ist. Hr. Stephens ist in seinen politischen Grundsätzen vielleicht ganz conservativ, da er ein vertrauter Freund Dastler's ist, eines entschledenen Torys und Schooskinds der Times, von welcher man freilich auch behaupten will, daß sie unter der Torphülle noch das alte eradicale Herz verberge, das sie je nach dem Wenden der Umstände einmal wieder herauskehren könnte. Obgleich nun die Verhältnisse für die beabsichtigte Polizeiorganisation günstig sind, so hat dieselbe doch heftige Gegner, und der Gemeinderath der City, welcher seine spießbürgerliche polizeiliche Selbstherrschaft nicht aufgeben will, hat das Ganze des Planes schon in etwas vereitelt. — Das gute Resultat des letzten Finanzabschlusses im Vergleiche mit dem verfloffenen Jahre wird von den conservativen Blättern, um eine gute Wirkung für die Minister zu vereiteln, stark angegriffen, wie es umgekehrt auch die Whigs machen würden, wenn sich statt ihrer die Tories in gleichem Falle befänden. Ob die Besserung nur augenblicklichen Umständen und künstlicher Hinausschraubung der Einnahmen zuzuschreiben ist, bleibt ziemlich gleichgültig. Der günstige Eindruck des Resultates kann den Ministern, für den Augenblick wenigstens, nicht ausbleiben, denn eine nähere Untersuchung ist hier nicht möglich. — In dem englischen Buchhandel sind die Übersetzungen deutscher Werke ein starker und gesuchter Artikel. Von Becker's „Gallus“ sind kürzlich von zwei Buchhändlern zu gleicher Zeit Übersetzungen angekündigt worden, ein ganz unerhörter Fall. Die Übersetzung von Heeren's Werken ist in einer zweiten Ausgabe erschienen, was ebenfalls bei einem fremden Werke außergewöhnlich ist.

Frankreich.

Paris, 15. Jan.

Deputirtenkammer. Sitzung vom 14. Jan. Bei der Fortsetzung der Erörterung über den Ancona betreffenden Paragraphen der Adresse ergriff Hr. Batory das Wort gegen, Hr. Baude für das von der Minorität der Adresscommission gestellte Amendement, ohne daß die Kammer ihren Neben große Aufmerksamkeit schenkte. Hierauf bestieg Hr. Guizot die Rednerbühne. Er ging aufs neue auf eine Untersuchung der Vorgänge und Beweggründe ein, welche die Besetzung Anconas unter dem Ministerium Casimir Périer's veranlaßten, sowie auf die Handlungsweise, welche die spätern Ministerien in dieser Hinsicht befolgt, um zu beweisen, daß diese letztern nie den einen Zweck jener Maßregel, liberale Institutionen für die Bevölkerung der Romagna zu erhalten, aus dem Auge verloren. Zudem prüfen wir, fuhr der Redner fort, das französische Interesse bei der Frage! Ich hatte am 13. März 1833 die Ehre, in dieser Kammer zu sagen: „Östreich gelüftet es wol, aus dem Zustand Italiens Nutzen zu ziehen, um dort seinen Einfluß zu begründen; Frankreich kann dies nicht dulden. Ein feindliches Zusammentreffen dieser beiden Staaten wird nicht statt finden; aber man wird unterhandeln; jeder wird sich bemühen, seine Vortheile wahrzunehmen. Nun! wir sprechen die unsrigen an; wir werden unsere Stellung gebrauchen, um Fuß an Fuß mit dem östreichischen Einfluß in Italien zu streiten.“ (Sehr gut!) Dies sagten wir damals; das jetzige Cabinet beschränkt sich darauf, das Gegentheil zu behaupten; seht, welche Stellung es bei der Debatte annimmt? Man begnügt sich nicht damit, es sich zum Ruhm anzurechnen, Ancona verlassen zu haben, sondern man will beweisen, daß wir unrecht thaten, dasselbe zu besetzen. Jedem das Seine: Hrn. Casimir Périer die Besetzung Anconas, den

darau
Räum
auch
stets
tungen
noch
werden
und
wendig
war?
Bösgel
Jenen
großes
habt
d
zöfische
träge
und
vo
mung
Hr. J
Chai
das Ger
langte.
Auch
durch
Zweck
fluß in
schaffur
reichs
eine R
oder E
Stuhl
keine b
Europa
Unterth
breiteter
Niffer
d
zialinsti
dadurch
Geiste
theilte
schen da
Seite
Politik
weßhalb
daß es
eingegar
Kirchen
schien,
den, daß
gedacht
genüber
merkham
chen: n
müssen
gähren.
mehr.
viel bes
Fortscri
finden d
nünftige
ist eine
hierauf
Deseche
fertigen
tion Pr
zu fürcht
Als ma
einige W
schied, d
sprechen
den? Dh
es nicht;
gut!)
in den
bin über
hätte, ni
Status
daß man
eine Sch
blieben, n
regung.)
die Räum
Ich stelle
oder es ge

daraufl folgenden Ministerien die Erhaltung dieser Stellung, auch die Räumung. (Lange Sensation.) Jedem seinen Theil; wir bestreiten euch den eueren nicht. (Sehr gut!) Die frühern Cabineten haben stets das im Auge gehabt, was sowol die eingegangenen Verpflichtungen als auch das französische Interesse verlangte. Es mußte noch ein anderes, das europäische Interesse, in Betracht gezogen werden. Der Einfluß Frankreichs, weise und frei, monarchisch und constitutionell zu gleicher Zeit, ist zur Ruhe des Festlandes notwendig. Wißt ihr, was der Erfolg unserer Anwesenheit in Italien war? Die Gutgesinnten waren zufrieden gestellt und hofften, die Bösgesinnten wurden durch dieselbe Kraft im Saume gehalten, welche Jenen solche Vortheile gewährte. Das war nicht allein für uns ein großes Glück, sondern für Europa eine unermeßliche Thatfache. Ihr habt dies alles vergessen. Ihr konntet Ancona behalten; das französische Interesse, das europäische Interesse geboten es euch; die Verträge gestatteten es. Es gab eine zwiefache Politik, die eine fest und vortheilhaft für das Land: dieser hätte die Kammer ihre Zustimmung gegeben; ihr habt die entgegengesetzte befolgt." (Bewegung.) Hr. Thiers ergriff hierauf das Wort im Sinne des Ministeriums, Hr. Charrier d'Est-Ange bekämpfte das vorgeschlagene Amendement, worauf das Centrum ungestüm den Schluß der Debatte und die Abstimmung verlangte. Jedoch verschaffte sich Hr. Thiers noch Gehör über die Frage. Auch er ging weitläufig die frühern Ereignisse und die Beweggründe durch, welche die Besetzung Anconas veranlaßt, um zu beweisen, daß der Zweck Frankreichs bei dieser Maßregel sein mußte, den französischen Einfluß in Italien festen Fuß fassen zu lassen, indem man durch die Verschaffung liberaler Institutionen die Bevölkerung dieses Landes an Frankreichs Interesse kette. „Man wollte nicht, äußerte er dabei, Italien eine Kammer und Deputirte geben, nach dem Beispiele Frankreichs oder Englands; aber man dachte daran, im Interesse des heiligen Stuhls und Europas neuen Aufhebungen vorzubeugen. Es war keine bloße Gebietsfrage. Sie war viel umfassender, geeignet ganz Europa zu beschäftigen, ja alle Staaten, welche Katholiken unter ihre Unterthanen zählten. Der Papst, das geistliche Oberhaupt einer so ausgebreiteten Religion, darf von keiner andern Macht abhängig sein. Casimir Périer begriff das wohl. Es waren Institutionen, die mit den Bedürfnissen der Bevölkerung im Einklange standen, notwendig. Mit Provinzialinstitutionen konnte man das Land beruhigen, indem man dem Stände dadurch eine Einrichtung gab, daß er mit den Erfordernissen und dem Geiste des Jahrhunderts vorwärts schreiten konnte. Diese Ansichten theilte der Papst. Die von seiner Regierung ausgegangenen Depeschen beweisen dies. Ich weiß, daß keine Verpflichtungen von seiner Seite statt gefunden, aber er erkannte die Weisheit einer solchen Politik an. Nichts ist jedoch geschehen. Ich will nicht nachforschen, weshalb die versprochenen Institutionen nicht gegeben wurden; aber daß es nicht geschah, ist gewiß. Mag sein, daß keine Verpflichtungen eingegangen worden sind, aber für Staatsmänner ist der Zustand des Kirchenstaates in diesem Augenblicke noch derselbe, als er damals erschien, wo Périer sich einmischte. Hättet ihr es deshalb seltsam gefunden, daß die französische Regierung, mit dieser Lage beschäftigt, daran gedacht hätte, die Besetzung zu verlängern? Solchen Thatfachen gegenüber habe ich mir gesagt: Italien verdient die größte Aufmerksamkeit. Mögen gewisse Regierungen von Verschwörungen sprechen: nicht die Verschwörer sind zu fürchten, sondern die Länder müssen gefürchtet werden, wo glühende und äußerlich ruhige Wünsche gähren. Betrachtet Frankreich 1830! Man verschwor sich damals nicht mehr. Redliche und lautere Wünsche, die man nicht beachtet, sind viel besorgnißregender als geheime Anschläge. Italien hat den Fortschritt gethan, den wir alle gemacht; die ruhestörenden Geister finden dort keinen Glauben mehr. Aber man hört dort auf die vernünftigen Männer, die ihre legitimen Wünsche vereitelt sehen. Dies ist eine Meinung, die man nicht vertilgen kann." Der Redner suchte hierauf seine in voriger Sitzung vom Conseilpräsidenten verlesene Depesche vom April 1836 an den französischen Botschafter zu rethorikfertigen und fuhr dann fort: „Man wollte uns von einer Intervention Preussens oder Russlands sprechen; aber eine solche war nicht zu fürchten, und zwar aus trefflichen Gründen. Betrachtet Krakau! Als man dasselbe besetzte, sagte man zu uns: wir bleiben nur einige Monate daselbst. Ich selbst theilte, als ich aus dem Cabinet schied, dem Hrn. Conseilpräsidenten eine Depesche mit, die das Versprechen der Räumung des Freistaates enthielt; hat sie statt gefunden? Ohne Zweifel hat man Gründe, dort zu bleiben; wir bestreiten es nicht; und uns sollte man keine Zeit zugestanden haben! (Sehr gut!) Ich muß die Sachen in das wahre Licht stellen; ich bin auch in den Geschäften bewandert, ich mache mir keine Täuschungen. Ich bin überzeugt, daß, wenn Frankreich mit Gründen darauf bestanden hätte, nicht zu räumen, wenn es hätte merken lassen, daß es den Status quo im Interesse der Ordnung verlange, ich bin überzeugt, daß man ihm die Besetzung Anconas bewilligt hätte. Ich gestehe eine Schwachheit ein; aber ich bin gewiß, daß, wäre ich im Cabinet geblieben, man von mir die Räumung nicht verlangt hätte. (Lebhafte Aufregung.) Der Beweis, daß jede vorläufige Erklärung in den Kammern die Räumung verhindert hätte, ist die Art, wie man sich dabei benommen. Ich stelle dem Cabinet ein Dilemma: Entweder es hat unterhandelt, oder es geschah nicht. Ist das erstere der Fall, so begreife ich nicht, warum

es nicht den Interessen Frankreichs den Sieg verschafft. Fand keine vorläufige Unterhandlung statt und wurde das Ministerium allein durch eine vertrauliche Mittheilung von dem Rückzuge der Östreicher in Kenntniß gesetzt, so muß ich zu ihm sagen: „Ihr laßt Frankreich also behandeln! Dies allein schon ist unwürdig von euch!" (Sehr gut!) Der Conseilpräsident nahm zuletzt zur Rechtfertigung des Ministeriums hinsichtlich dieser Angelegenheit noch einmal das Wort und brachte wieder einige Documente bei, welche beweisen, daß die Verträge die Räumung Anconas durchaus an keine weitere Bedingung als an die des Rückzuges der östreichischen Truppen geknüpft hatten. Bei der darauf erfolgten Abstimmung über das fragliche Amendement gaben von den anwesenden 427 Deputirten 228 ihre Stimmen dafür, 199 dagegen ab, sodaß dasselbe mit einer Majorität von 29 Stimmen angenommen wurde.

— Mehrere Ursachen haben zu dem ungewöhnlichen Resultate der Abstimmung in der Anconafrage beigetragen. Unter Andern waren drei Mitglieder der Opposition, welche an den frühern Tagen mit der Opposition gestimmt, wegen Krankheit abwesend. Hr. Clogenson hat, wie versichert wird, mit dem Ministerium gestimmt, und der Admiral Rosamel ist nach seiner Genesung wieder in der Kammer erschienen und hat seine Stimme, als Marineminister, dem Cabinet gegeben. (Siecle.)

— Das Journal de l'Armée veröffentlicht einen allgemeinen Etat der französischen Truppen, sowol für den Friedensfuß als für den Kriegsfuß. Diese Übersicht ist nach den an die Kammern vertheilten officiellen Documenten ausgearbeitet. Es geht daraus hervor, daß die französische Armee auf dem Friedensfuß 311,419 M. und 62,142 Pferde, auf dem Kriegsfuß hingegen 420,265 M. und 121,892 Pferde zählt.

— Es ist nicht ohne Interesse, die Urtheile der englischen Journale über die jetzt in der französischen Deputirtenkammer statt findenden Adressdebatten zu vernehmen, und wir theilen deshalb einige derselben im Auszuge mit. Der Globe äußert darüber: „Der Anfang der Erörterung war nicht günstig für die Coalition; man konnte dieses Resultat voraussehen. Wie konnte es anders sein von dem Augenblicke an, wo die conservativen Philosophen der Doctrin den Platz gefaßt, die Vis inertiae der Centres zu beseitigen, nicht um sich mit der Regierung zu vereinigen, sondern um mit Hilfe von der Opposition entlehnten Beweisgründen, welche sie so lange selbst bekämpft, sich anzugreifen. Ist die Stellung Guizot's rücksichtlich des Juste-Milieu falsch, so ist sie es nicht minder in Bezug auf Dillon-Barrot, seitdem neuen Verbündeten. Die Rede Guizot's bei der allgemeinen Erörterung spricht es ganz unzweideutig aus, daß Hr. Guizot und seine Freunde sich der Linken bloß als Instrument bedienen, und daß sie an der Abfassung der Adresse nur Theil genommen, um eine genauere Demarcationslinie zwischen den am Ruder befindlichen Männern und der Opposition ziehen zu können. Die Rede Guizot's ist ein Gnadenstoß für die Adresse und eine Ermuthigungsprämie für das Ministerium. Die, welche Guizot als Philosophen und Geschichtschreiber bewundern, können sich nicht enthalten, zu behaupten, daß er eine solche Bahn eingeschlagen. Andern als Hrn. Guizot hätte es freigestanden, die gewöhnliche Taktik der Opposition anzuwenden und in eine Coalition einzutreten, welche laut die Corruption und den knechtischen Geist angibt, von welchem Hr. Guizot nur mit Errothen sprechen kann. — Sonst bediente sich Hr. Guizot der Unpopularität als Mittel der Regierung; heute möchte man sagen, daß er beweisen will, die Opposition könne von derselben Unpopularität getroffen werden." Das Morning Chronicle bemerkt: „Die Coalition hat einen großen Fehler begangen, daß sie bei der allgemeinen Erörterung die Initiative ergriff, während sie sich deren enthalten müssen. Der König war ihr Gegner, der persönliche Einfluß des Souverains ihr Angriffspunkt; und doch hat sie die Gefahren oder die Gefahren dieses Systemes nicht zu bezeichnen gewagt. Die Adresse an und für sich war schon herausfordernd genug. Wenn man die Minister dieselbe hätte angreifen lassen, so würde sich der Kampf viel günstiger für die Opposition gestaltet haben. Aber nachdem die Adresse einen solchen Geist athmete, erschienen die Klagen Guizot's kalt und theoretisch, und selbst die Rede des Hrn. Thiers war nicht so stark für Staatsmänner und machte mehr Eindruck auf sie als auf das Publicum oder das Centrum der Kammer, das im Allgemeinen aus keinen offenen Köpfen besteht." Der Courier drückt sich wie folgt aus: „Selbst im Falle die Adresse verworfen werden sollte, würde dadurch wenigstens ein wichtiges Resultat erlangt werden: der König würde von den nordischen Mächten nicht mehr als eine Art Schulmeister betrachtet werden, der nach seinem Gefallen

das angeborene revolutionäre Wesen des französischen Volkes unterdrücken könnte. Die Adresse beweist, daß in der Nation eine Thatkraft vorhanden, die, wenn es die Umstände verlangen, erwachen wird. Talleyrand hat sich in den letzten Jahren seines Lebens bemüht, den fremden Staatsmännern darzuthun, daß sie von der französischen Deputirtenkammer nichts zu fürchten hätten, so lange Ludwig Philipp Talent und Festigkeit genug besäße, um sie zu beherrschen. Diese Meinung wurde bis zu einem gewissen Punkte beglaubigt; aber was heute geschieht, beweist, daß man unrecht that, sich derselben blindlings zu überlassen."

— Ein ministerielles Journal theilt folgende Äußerung der Herzogin von Württemberg mit: „In einer langen Unterredung mit ihrem Bruder sprach die todtkranke Fürstin lange von ihren geliebten Aeltern, ihren Brüdern und den andern Gliedern ihrer Familie, und fügte mehrmals hinzu: „Ich sterbe sehr jung, aber ich bin nicht die Unglücklichste.“

— Die Presse theilt folgende Notizen über die verstorbene Herzogin Maria von Württemberg mit: „Die Prinzessin hinterläßt außer der Bildsäule einer Johanna d'Arc in Versailles noch einen sterbenden Bayard und eine zweite Johanna d'Arc, deren poetische Auffassung noch vorzüglicher als die der ersten sein soll. Die Zeichnungen zu den Glasgemälden der Kapellenfenster des heiligen Saturninus in Fontainebleau sind ebenfalls von der Hand der Prinzessin. Sie stellen die Schutzheilige ihrer Mutter, die heilige Amalia, vor und werden sehr geschätzt. Auch die Kirche von Eu besitzt verschiedene Glasmalereien nach den Zeichnungen der Prinzessin. Die Ärzte hatten ihr gerathen, ihre, in Folge des Schloßbrandes von Gotha und der Entbindung leidende Gesundheit in einem wärmern Klima wieder herzustellen; sie sehnte sich aber immer nach Deutschland, besonders nach der Phantasie, dem Lustschloß ihres Gemahls, von dem sie sogar in ihren letzten Augenblicken noch sprach. Sie war sich ihres hoffnungslosen Zustandes wohl bewußt und verlangte daher nach den heiligen Sterbesacramenten, die sie mit großer Andacht empfing. Wenige Tage vor ihrem Tode, während sie Nachts durch Schmerzen am Schläfe gehindert wurde, verlangte sie Licht, und zeichnete mehre Stunden lang. Vergangenen Sonntag (6. Jan.) befand sich die königliche Familie von Frankreich grade beim Frühstück; es war still, und eine traurige Ahnung schien die Herzen zu beklemmen; lange waren keine Nachrichten von der Prinzessin Marie angelangt, noch von dem Prinzen von Joinville, der mit der Escadre vor San Juan de Ulloa lag. Plötzlich wurde dem Könige gemeldet, daß der Marineminister in großer Eile in den Palast gekommen sei und um eine Privataudienz bitte. Der König ging hinaus, die Königin erblaste; sie befürchtete Unheil. Bald aber trat der König mit den Depeschen in der Hand wieder ein und sagte, die Königin umarmend: „Ulloa ist genommen, Joinville ist gesund und wohl.“ Wenige Minuten darauf wurde dem Herzoge von Orleans ein Brief seines Bruders aus Pisa gebracht. Die ganze Familie erhob sich und bildete einen Kreis um den Kronprinzen her, den Inhalt des Schreibens zu hören. Er zeigte den Tod der Herzogin von Württemberg nicht ausdrücklich an, setzte ihn aber außer allen Zweifel. Die Königin fiel auf die Knie und rief aus: „O mein Gott! Ich habe eine Tochter weniger, doch du einen Engel mehr im Himmel.“ Die Königin vermochte es nicht, aufzustehen, und wurde von ihren Kindern in ihre Appartements geführt.“

† Paris, 14. Jan. Die endlosen parlamentarischen Verhandlungen über die Räumung von Ancona werden von den Debatten der Presse an Breite noch übertroffen, und doch fehlt es weder den einen noch den andern an Interesse, und die letztern sind vielleicht sogar noch unterrichtender als die erstern. Nicht als ob ich großen Werth auf die diplomatischen Enthüllungen lege, welche in den letzten Sitzungen der Kammer zum Vorschein gekommen sind, oder daß ich das publicistische Talent hoch anschlage, mit welchem die in Rede stehende Frage von Rednern und Schriftstellern behandelt wird: die Discussion der Angelegenheit von Ancona scheint mir vorzüglich anziehend durch die Schaustellung eines Zustandes der öffentlichen Moral, der, ich weiß nicht ob mehr Mitleid oder Entrüstung erregt. Der Anterpatritismus, die gemeine Nationalselftsucht, die Rechtsverachtung, welche den französischen Volkscharakter schänden, haben in der Kammer und noch mehr in der Presse Organe gefunden, welche mit unglaublicher Offenherzigkeit, gelegentlich der Angelegenheit von Ancona, für Frankreich das Recht des Stärkern und die Privilegien jedes factischen Zustandes in Anspruch nehmen. Das alles ist freilich nicht neu, das alles ist vielmehr bei zwanzig Veranlassungen in ähnlicher

Weise geschehen, aber ich halte es für die Pflicht eines gewissenhaften Beobachters der Zeitereignisse, keine neue Kundgebung des französischen Usurpationsgeistes unbemerkt vorübergehen zu lassen, denn auf der frühzeitigen Waffnung gegen jenen Geist beruht die Ehre und die Sicherheit aller Nachbarn Frankreichs, namentlich aber Deutschlands. Wenn die Redner der Kammer nach irgend einem leidlichen Vorwande suchen, um die gehässige Tendenz zu bemänteln, welche ihre Protestation gegen die Räumung von Ancona dictirte, so geht der Journalismus freimüthiger zu Werke und erklärt unverholen, daß diese Räumung ein Verbrechen sei, lediglich weil Frankreich durch sie eine Befugung und eine militairische Stellung verloren habe. Hören wir den Courier français, den ich deshalb vorzugsweise citire, weil er unter der speciellen Leitung des Deputirten Salvette steht, dessen moralische Strenge und stoische Tugend beinahe sprüchwörtlich geworden sind. „Das Journal des Débats, sagt der Courier, setzt heute Morgen die Theorie jener Politik (kraft deren die Franzosen aus Ancona abgezogen sind) auseinander, welche diesem Blatte tausendmal großartiger, rühmlicher und patriotischer scheint als die Politik, welche nur die Quadratmeilen berechnet, die sie gewinnt, nicht aber die Achtung und die Geradheit, welche sie verliert. Rechtsschaffenheit und Geradheit sind gewiß empfehlenswerthe Eigenschaften, nur muß man ihnen nicht den Nationalgeist, die Vorliebe jedes Mannes von natürlichem Gefühle für den Ruhm und das Gedeihen seines Vaterlandes zum Opfer bringen.“ Der Courier schließt seine Lection des politischen Cynismus mit dem Ausrufe: „Was hat denn Frankreich verbrochen, daß man es so tief in Elend und Schande stürzen will!“ zum Beweise, daß ihm jede Ahnung moralischen Gefühles fremd sei, denn sonst würde er nicht Raub und Meineid als ein Beförderungsmittel der Nationallehre proclamiren. — Die „Presse“ sagt heute in kategorischem Tone, daß der Sieg der Coalition in der Discussion der Adresse die Auflösung der Kammer zur Folge haben würde. Von einer andern Seite spricht man wieder von einer Modification des Ministeriums durch Entfernung seiner unfähigsten Mitglieder. So würde Lacave-Laplagne durch Jacques Lefebvre, den bekannten Rival Laffitte's, Salvandy durch Lamartine und Rosamel durch den Admiral Macau ersetzt werden. Was Guizot anbetrifft, so hat derselbe alle Aussicht verloren, durch die freie Wahl des Königs in das Ministerium zu gelangen. Er ist in diesem Augenblick in den Tuilerien wenigstens ebenso unbeliebt als Thiers.

Belgien.

Ein im Handelsblad enthaltenes Schreiben aus Brüssel vom 14. Jan. erwähnt eines Gerüchtes, wonach es an den belgisch-holländischen Grenzen schon zu Feindseligkeiten gekommen wäre, indem eine holländische Streifwacht zwischen West-Bezel und Turnhout eine belgische Patrouille von zwölf Mann, mit einem Unteroffizier an der Spitze, aufgehoben und nach dem holländischen Hauptquartiere gebracht hätte. Jedoch wagt das Schreiben die Wahrheit dieses Gerüchtes nicht zu verbürgen, und das Handelsblad erklärt, daß man holländischerseits noch keine Nachricht über diesen Vorfall erhalten habe. „Was das Lager von Beverloo betrifft, fährt das erwähnte Schreiben fort, so hat in der Nacht vom 12. Jan. ein holländisches Bataillon eine Recognoscirung nach Heersel, einem Orte, schon auf belgischem Gebiet und nur eine halbe Meile von dem Lager von Beverloo, unternommen; dies hat in diesem Lager einige Unruhe erregt, und General Brias ließ seine Reiterei aufsitzen und seine Artillerie vorrücken, als wenn ein feindlicher Überfall zu erwarten stände. Auf der andern Seite hat General Daine Verstärkungen nach Venloo verlangt, die ihm aus den Besatzungstruppen von Löwen und Thienen zugesendet werden sollen. Die Garnison von Diest soll heute die Festung verlassen, um sich ins Lager nach Beverloo zu begeben. Ein Regiment Jäger ist soeben aus Alost eingetroffen, um nach Diest zu marschiren. In Brüssel haben ein Regiment Guiden und eine Batterie Artillerie Befehl erhalten, sich auf den ersten Wink marschfertig zu halten.“ — Ein anderes in demselben Blatt enthaltenes Schreiben aus Brüssel vom 14. Jan. äußert: „Seit zwei Tagen sind alle Briefe von der Grenze mit Berichten über bedeutende Truppenzusammenziehungen in Holland gefüllt, welche bald einen Angriff fürchten lassen. Die Regierung glaubt nicht daran; sie trifft wol Vorkehrungen, aber mehr um der öffentlichen Meinung genug zu thun als um sich zu vertheidigen. Vernünftig Denkende glauben, daß Holland, indem es einen Angriff fürchten läßt, der einen allgemeinen Krieg nach sich ziehen könnte, das Ende der Unterhandlungen beschleunigen will. Geschieht übrigens ein Angriff von der Seite des Lagers von Beverloo,

so
d'Ar
sie b
durch
Maß
troffe
den
rdinn
von
pen,
dem
für d
Hrn.
füge

13. Z
gung
an de
marsc
sind z
getroff
Prinz
Muske
Mater
tet m
tillerie
Besch
nach d

es sei
tier w

„Ein
Aufs
zuge d
zu beg
Truppe
allgeme
Verbin
abtheil
belgisch

†
reiche
Veranl
genwis
Dom A
zen lebe
Abreise
weniger
lichen
seiner
ordentlic
Folge g
seit viele
einfacher
Gebiete
in einem
Censur,
Schmeid
ben, und
abgedruc
Tag der
festgesetz
figer und
Der Kör
Die Sag
Grabes
* Bar
anlassung
render J
doch die

so sind dort alle Vorkehrungen dagegen getroffen. Die Herren Ney und d'Ansembourg werden heute oder morgen in Brüssel zurückwartet; sie bringen die Gewissheit mit, daß die französische Regierung sich durchaus nicht entschließen wird, zu Gunsten Belgiens militärische Maßregeln zu ergreifen; auch sollen die ernstesten Vorkehrungen getroffen sein, um zu verhindern, daß die französischen Grenzprovinzen den Freicorps, welche sich in Belgien bilden möchten, Hülfe leisten können. Allem Anscheine nach ist es jedoch gegründet, daß man von französischer Seite aus trachtet, die Unterhandlungen hinzuschleppen, und daß in dieser Hinsicht General Sebastiani beauftragt wurde, dem Könige von Holland bei der Conferenz eine Geldentschädigung für die abzutretenden Landestheile anbieten zu lassen. Die Briefe des Hrn. de Serlache lassen hoffen, daß England diesen Vorschlag unterstützen werde."

Niederlande.

Die Emancipation meldet von der holländischen Grenze vom 13. Jan.: „Seit zwei Tagen finden Tag und Nacht große Bewegungen in der holländischen Armee statt, welche Niene macht, sich an der belgischen Grenze zu concentriren. Die Truppen, deren Abmarsch aus den vorzüglichsten Besatzungen Hollands man angekündigt, sind zum großen Theile bereits im Hauptquartiere zu Tilburg eingetroffen. Über die Grenadiercorps und die schwere Cavalerie hat der Prinz von Dranien sogleich bei ihrem Eintreffen aus der Residenz Musterung gehalten. Die holländische Artillerie mit ihrem ganzen Material steht dicht an der belgischen Grenze im Lager; auch erwartet man noch zu Tilburg aus Breda mehre Batterien leichter Artillerie. Die Pferde und das Fuhrwerk der Landleute sind alle in Beschlag genommen worden, um auf das schnelligste die Infanterie nach dem Hauptquartiere zu bringen."

Der Avondbode meldet aus Herzogenbusch vom 14. Jan., es sei daselbst das Gerücht in Umlauf, das holländische Hauptquartier werde von Tilburg nach Herzogenbusch verlegt werden.

Das Handelsblad meldet aus Nimwegen vom 12. Jan.: „Ein Theil der Besatzung von Grave ist gestern ausgerückt. Die Außenwachen und Vorposten sind verstärkt worden, um einem Streifzuge der belgischen Vorposten, die nicht weit von hier aufgestellt sind, zu begegnen. Auch unter den in hiesiger Umgegend cantonirenden Truppen bemerkt man einige Bewegung, die wahrscheinlich mit den allgemeinen von der Regierung getroffenen Vorsichtsmaßregeln in Verbindung steht; denn mehre heute hier durchgekommene Truppenabtheilungen, worunter eine Batterie Artillerie, sind näher an die belgische Grenze verlegt worden."

Deutschland.

†† München, 17. Jan. Eine artige Anekdote aus dem Bereiche der Censur gibt hier in diesen Tagen zu Scherz und Ernst Veranlassung. Für das Haus Leuchtenberg besteht in München und gewiß in ganz Baiern eine aufrichtige und sehr große Zuneigung. Vom Vater, dessen hohe Tugenden noch in Aller Mund und Herzen leben, war sie auf den ältesten Sohn übergegangen, und dessen Abreise nach Portugal war ein wirklich schmerzliches Ereigniß. Nicht weniger geliebt ist der zweite Sohn, der nun alleinige Erbe des väterlichen Ruhmes und Vermögens, und das wahrscheinlich Aufgeben seiner Heimat, um ein russischer Prinz zu werden, hat eine außerordentlich betrübende Wirkung bei Hoch und Niedrig im Volke zur Folge gehabt. Dieser allgemeinen Stimmung nun hat ein bejahrter, seit vielen Jahren an körperlichen Schmerzen leidender, übrigens höchst einfacher, rechtlicher und frommer Mann, Secretair Mielach, in einem Gedicht an den Prinzen Leuchtenberg Worte gegeben und dasselbe in einem hiesigen Tagblatte (dem Landboten) abdrucken lassen. Die Censur, gewohnt in einem Gedicht an fürstliche Personen nichts als Schmeichelworte zu finden, mochte dasselbe nicht genau angesehen haben, und so waren allerdings Stellen mit obrigkeitlicher Genehmigung abgedruckt worden, die schwerlich ohne Klage abgehen werden. — Der Tag der Abreise des Kronprinzen, den die Allgemeine Zeitung auf heute festgesetzt, ist noch nicht bestimmt. Gestern war noch kein höherer Officier und kein Arzt ernannt, den erlauchten Reisenden zu begleiten. Der König wird Mitte künftigen Monats die Hauptstadt verlassen. Die Sage, als ob er von Italien aus einen Besuch des heiligen Grabes beabsichtige, ermangelt vorläufig noch alles sichern Grundes.

* Bamberg, 15. Jan. Vor einigen Monaten ward auf Veranlassung einer hiesigen Buchhandlung ein mit Nachdrücken haufsender Jude verhaftet. Nach einigen Wochen ward er freigelassen; doch die gegen ihn eingeleitete Untersuchung ist noch im Gange.

Die herisauer Ausgabe der Goethe'schen Werke letzter Hand, die er hier mehrmals verkaufte, war es, die seine gefängliche Haft begründete. Der schlaue Jude versicherte bei dem Verhöre, wahrscheinlich auf fremde Eingebung, daß die verkaufte Ausgabe kein Nachdruck der Goethe'schen Werke letzter Hand, auf welche allein das königlich bairische Privilegium gegen den Verkauf des Nachdrucks und die damit verhängte Strafe von 100 Dukaten sich beziehe, sondern ein Wiederabdruck früherer einzeln und größtentheils bei andern Verlegern als Cotta erschienenen Schriften sei. Die königliche Regierung von Oberfranken erließ an den Stadtmagistrat den Bescheid: „durch Gutachten eines Sachverständigen feststellen zu lassen, ob die herisauer Ausgabe von Goethe's Werken wirklich ein Nachdruck der durch die Privilegienurkunde vom 8. Jan. 1826 geschützten Ausgabe letzter Hand sei." Zu diesem Zwecke ward der ehemalige Buchhändler E. F. Kunz von dem Stadtmagistrate beauftragt, die Thatsache festzustellen. Ersterer ging von dem ganz richtigen Gesichtspunkte aus, den Gegenstand durch lange, spitzfindige Deduction nicht noch mehr zu verwirren, sondern bloß zu beweisen, was der Jude leugnete und die königliche Regierung verlangte. Er erklärte die herisauer Ausgabe im weitesten wie im engsten Sinne des Wortes, trotz der ganz veränderten Einteilung des Sachinhaltes der Originalausgabe, für reinen Nachdruck und bewies dies durch Aufzählung aller jener Schriften, die sich in der Cotta'schen Gesamtausgabe letzter Hand, hier zum ersten Male, abgedruckt befanden, und durch Hinweisung auf die herisauer Ausgabe, die diese Schriften sämmtlich und wörtlich wieder aufnahm. Ist nun dargethan, daß die fragliche Ausgabe wirklicher Nachdruck sei, so ist damit zugleich die verhängte Strafe von 100 Dukaten über den Verkäufer desselben deutlich genug ausgesprochen, und es steht kaum zu bezweifeln, daß der bamberger Stadtmagistrat oder die königliche Regierung von Oberfranken anders sprechen werde und könne. Es wäre wahrlich einmal an der Zeit, ein Beispiel zu geben, und der Obrigkeit liegt hier ein Fall vor, um zu beweisen, daß sie literarisches Eigenthum ebenso schütze wie jedes andere des bürgerlichen Lebens. Geschieht dies öfter und kommt es zur Kunde des Publicums, so werden wir uns nach und nach endlich dem ersehnten Ziele näher gerückt fühlen und an eine ernstlich gemeinte Unterdrückung des schädlichen und schändlichen Nachdrucks glauben lernen gegen den so viele Edle der Nation bereits ihre Federn stumpf geschrieben und zuletzt aus Unmuth weggeworfen haben.

** Dresden, 18. Jan. Die eingehenden Nachrichten von der Reise des Geheimrathes und Generaldirectors v. Lütichau und des Professors Dr. Semper in Angelegenheiten unsers neuen Theaters lauten sehr günstig. Nach einem wohlbenutzten Aufenthalte von acht Tagen in London kamen die Reisenden am 29. Dec. in Paris an und gedenken dort drei Wochen zu verweilen. Es ist ihnen von allen Seiten die größte Zuverlässigkeit in Bezug auf ihre Wünsche gezeigt worden, und sie beschäftigen sich unausgesetzt mit Besichtigung der innern und äußern Verhältnisse der dortigen hauptsächlichsten Bühnen, welche in jeder Beziehung so viel Sehens- und Nachahmungswerthes darbieten. — Gestern sahen wir wieder eine neue dramatische Arbeit der hohen Verfasserin von „Lüge und Wahrheit", welche Bezeichnung doch wenigstens bei dem Titel des Stückes angemerkt sein sollte, um die nicht damit Bekannten auf diese so allgemein anerkannten Originalgebilde aufmerksam zu machen. „Die Unbelesene", Lustspiel in vier Aufzügen, reiht sich würdig den früheren Leistungen an. Dieses Lustspiel ist schon in Weimar und Berlin mit entschiedenem Beifall aufgenommen worden und hat ihn auch hier in reichem Maß erworben. — Aus den nunmehr im Druck erschienenen öffentlichen Bekanntmachungen ergibt sich, daß die Zahl der im vergangenen Jahre zu Dresden Verstorbenen aus der evangelisch-lutherischen, sowie reformirten Gemeinde 2000, die der Geborenen aber dagegen 2254 betragen hat. Unter den Letztern befanden sich 1749 eheliche und 505 uneheliche Kinder, worunter allein 174 im Entbindungsinstitute, sodas die Verhältnißzahl der erstern zu den letztern sich wenigstens wie 5 zu 1 stellt. Unter den Begrabenen befanden sich 939 Kinder, worunter 82 Todtgeborene. Das verfloßene Jahr gab 14 Getaufte mehr und dagegen 160 Beerdigte weniger. Getraut wurden 614 Paare. Interessant ist die Vergleichung mit 1638, wo 205 Paare getraut, 550 Kinder getauft und 531 Personen beerdigt wurden, und mit 1738, wo man 462 getraute Paare, 1624 Getaufte und 2009 Beerdigte zählte. In der römisch-katholischen Gemeinde wurden 137 Personen beerdigt; in der israelitischen aber 10 Kinder geboren, 9 Paare getraut und es fanden 17 Todesfälle statt. Unter allen in diesem Jahre Verstorbe-

nen hatte Niemand ein Alter über 90 Jahre erreicht. Der Monat Januar war für Geburten der ergiebigste; im Monat December fanden die meisten Sterbefälle statt.

Der Hamburger Correspondent enthält ein Schreiben aus Hildesheim, welches abermals auf die Artikel aus Hannover Nr. 351 v. J. und aus Hildesheim Nr. 357 der L. A. Z., die hildesheimer Adresse betreffend, zurückkommt. Schon in Nr. 18 theilten wir einen jene Nachrichten berichtenden Artikel, aus dem Hanoverschen mit und lassen nun auch jenen Artikel seinem ganzen Inhalte nach hier folgen, den Correspondenten es überlassend, sich wegen der ihnen Schuld gegebenen falschen Berichterstattung zu rechtfertigen. Das Schreiben lautet so: „Wie sehr man es sich angelegen sein läßt, von der bekannten, von circa 600 Bürgern und Einwohnern hiesiger Stadt vollzogenen und Sr. Majestät dem König übergebenen Erklärung dem In- und Ausland Irriges zu berichten, davon haben jüngst mehre Blätter, vorzüglich aber die L. A. Z. in Nr. 351 und 357 Proben geliefert. Wenn auch dergleichen Zeitungsartikel bei jedem sachkundigen und friedliebenden Unterthanen keinen Anklang finden können, so sieht sich doch Einsender dieses genöthigt, zur Steuer der Wahrheit das wahre Sachverhältniß in Folgendem kurz auseinander zu legen. Hunderte von achtbaren Bürgern und Bewohnern Hildesheims tadelten offen und laut die nach Frankfurt geschickten Schritte. Diese Mißbilligung griff mit jedem Tage weiter um sich, sodas vererbliche Unruhen auszubrechen drohten. Zur Abwendung derselben vereinigten sich demnach schnell einige wackere Männer und beschlossen, die wahren Gesinnungen der treuen Hildesheimer vor dem Thron Sr. Majestät niederzulegen. Dem gefaßten Beschlusse zufolge wurde sodann am 14. Nov. die bekannte Adresse (Nr. 353 v. J.) abgefaßt, am 16. Nov. zur Unterschrift in Circulation gesetzt und am 11. Dec. Sr. Majestät dem Könige von einer Deputation überreicht. Sie wäre einige Tage früher überreicht worden, wegn nicht wegen der Reise Sr. Majestät nach Rothenkirchen der Audienztag vom 5. auf den 11. Dec. verlegt worden wäre. Wenn man nun noch die zuverlässigste Versicherung geben kann, das dieser Erklärung alle und jede höhere Einwirkung abgeht und als ein aus der innersten Überzeugung der Bürger und Bewohner Hildesheims hervorgegangenes Factum dasteht, so leuchtet hieraus von selbst hervor, das selbige nicht als ein Paroli zu der Adresse der Bremen- und Verdenschen Ritterschaft dastehen kann, von welcher der Zeit außer den dabei Betheiligten noch Niemand Kenntniß haben konnte und welche dem hiesigen Publicum bis nach ihrer Veröffentlichung ganz und gar unbekannt geblieben ist. — Wenn der hildesheimische Correspondent der L. A. Z. Nr. 357 in seinem Artikel vom 17. Dec. glauben machen will, als hätten die wohlhabendern und angesehenern Bürger die bekannte Adresse nicht mit unterzeichnet, sowie auch, das die fraglichen Unterschriften bei weitem nicht die Hälfte der hiesigen Bürger, geschweige denn der hiesigen Einwohner, angeblich 15,000 an der Zahl, ausmachten, und er diese letztere Prämisse dadurch zu motiviren sucht, das die fragliche Adresse selbst nach der Hanoverschen Zeitung, von hiesigen Bürgern und Einwohnern vollzogen sei, dabei aber auch anführt, das man sich sogar nicht geschaut habe, sich der Unterschriften von Kindern, Frauen und Greisen zu bedienen, um nur einigermaßen die genannte Anzahl Unterschriften zusammenzubringen, so erfordert es gewis die Liebe zur Wahrheit, diese Angaben auf das evidenteste zu widerlegen, damit Nichteingeweihte sich dadurch nicht etwa irre leiten lassen mögen. Die fragliche Adresse ist, wie bekannt, von ungefähr 600 Bürgern und Einwohnern vollzogen. Von diesen sind acht keine Bürger, also Einwohner, die übrigen aber Bürger und Einwohner. Ferner sind von den Unterschriften 75 Bürger ohne Eigenthum, die überzähligen aber Bürger mit städtischem Grundbesitz. Zu diesen gehören auch die mit unterzeichneten Witwen, 13 an der Zahl, die also bei Wahlen stimmberichtig sind. Viele von denen, welche unterschrieben haben, besitzen drei, vier, sechs, auch acht, ja einer derselben an 20—23 städtische Grundstücke; einige leben rein von ihrem Privatvermögen, andere haben sehr ausgebreitete Geschäfte: ein Beweis also, das sehr viele Wohlhabende unter den Unterschriebenen sich befinden, wenn sonst übrigens auf Wohlhabenheit bei dergleichen An gelegenheit einiges Gewicht gelegt werden könnte. Mag jener Correspondent immerhin die Achtbarkeit der die vorgedachte Adresse unterzeichnet habenden Bürger und Einwohner in Zweifel ziehen, Einsender kann dagegen auf das bestimmteste versichern, das selbige sich einer allgemeinen Achtung zu erfreuen haben und das vollste Zustimmung ihrer Mitbürger besitzen. — Die Zahl der hiesigen Häuser

beträgt ungefähr 1850. Nimmt man nun in dem Betracht, das ein großer Theil derselben nicht stimmberichtig ist, auch sehr viele Personen mehre Häuser besitzen, 900 stimmberichtigte Hausbesitzer an, so stellt sich unteugbar die Mehrzahl derselben zu Gunsten der die oft gedachte Erklärung unterzeichnet habenden Bürger heraus. Einwohner zählt man hier nach der Angabe jenes Correspondenten 15,000. (?) Rechnet man jedem Familienvater vier Kinder zu, so würde also, indem auch natürlich die Frauen nicht mit zur Berechnung kommen können, der sechste Theil der Gesamteinwohner die in casu zur Unterschrift berechtigten Personen ausmachen, welche dann etwa 2000 betragen würden. In Rücksicht jedoch, das a) sämmtliche Beamte und Geistliche um Abgabe ihrer Unterschrift nicht ersucht sind, auch b) die Adresse nicht von Haus zu Haus zur Unterschrift vorgelegt ist, ja ganze Straßen und Stadtviertel übergangen sind, worüber man denn auch nachher sich mehrfach beschwerend ausgesprochen hat, und c) den Israeliten mit Ausnahme von zweien die Adresse zur Unterzeichnung nicht gegeben ist, sowie auch endlich d) das sehr Viele durch Drohungen von Arbeitsverlust u. dgl. welche der Einsender aus Schonung nicht weiter berühren will, von der Abgabe ihrer Unterschrift abgehalten sind; in Berücksichtigung aller dieser Punkte nun muß er die Frage aufwerfen: kann sich da noch Jemand finden, der, wenn er nicht, die Stimme seines Innersten verhöhrend, schnurstracks gegen seine eigne Überzeugung sprechen will, der, sagen wir, nicht die entschiedene Mehrzahl auf Seiten Derjenigen erblicken wollte, welche die mehrerwähnte Adresse unterzeichnet haben und für dieselbe sind?“

Lüneburg, 14. Jan. Bei einer Anwesenheit in der Residenz in diesen Tagen hatten wir Gelegenheit, mündlich Auszüge aus den Gutachten zu hören, welche die vom osnabrücker Magistrat befragten deutschen Facultäten, erlassen haben sollen (Nr. 15), in Betreff der Rechtsgültigkeit der Aufhebung des Staatsgrundgesetzes von 1833 und der damit in Verbindung stehenden Befugniß der Gerichte, bei einer Steuerverweigerung Execution zu verfügen. Öffentliche Blätter belehrten uns nun aber über die eigentliche Abfassung jener Gutachten und haben dadurch in uns und manchen Andern einige Besorgnisse wegen der Resultate der bevorstehenden Ständerversammlung erweckt. Im Uebrigen ist man der Meinung, das Cabinet werde von den Ständen bloß eine Bewilligung der Steuern, vielleicht auch eine Berathung des Gesetzes über den Staatsrath fordern und eine sofortige Auflösung erfolgen lassen, im Fall irgend ein anderer Gegenstand von der Kammer in Anregung gebracht würde. Ob unter solchen Umständen eine zweite Kammer zu ihrer gesetzmäßigen Vollzahl gebracht werden dürfte, kann erst die Folge lehren. Dem hanoverschen Stadtgerichte liegen bereits einige auf Verweigerung der Stempelsteuer sich beziehende Gegenstände vor. Da jedoch diese Behörde, als Theil der hanoverschen Wahlcorporation, durch den Deputirten der Stadt bei der von der letzten Ständerversammlung bewilligten Steuer mit concurrirt hatte, so konnte sie, ohne sich einer Inconsequenz schuldig zu machen, nicht umhin, die Contravenienten mit der gesetzmäßigen Strafe von einem Thaler zu belegen. — Die Schrift des Dr. Soetbeer über den „Stader-Zoll“ hat in jener Stadt große Aufmerksamkeit erregt. In der am 1. Nov. 1837 aufgelösten Ständerversammlung von 1833 befanden sich einige Deputirte, welche die Erhebung jenes Zolles schon zur Sprache bringen und eine Zollfreiheit für die den Unterthanen gehörenden Waaren beantragen wollten. — Von unserer Messe erwarteten wir im Anfange nichts Großes. Es gründet sich diese Ansicht weder auf unsere Localverhältnisse noch auf die mächtige Concurrenz anderer Messen, sondern auf die Art, wie dieses Institut (bei dem Mangel an im Welthandel und in den Handelsrechten erfahrenen hiesigen Kaufleuten) wird geleitet werden. Zwar hat man in Hannover einen höchst achtungswerthen Mann zu diesem Zweck ernannt, allein da derselbe dem Zollfach angehört, so wird seine erste Pflicht die Wahrnehmung der Zölle sein. Nach dem möchte auch wol bei dem ausländischen Kaufmann auf keine unbedingte Offenherzigkeit zu rechnen sein, ohne welche dasjenige, was der jungen Messe noth thut, nie recht erkannt werden wird. — Sicherem Vernehmen nach wird man der wiederberufenen Ständerversammlung nicht wieder den bereits einmal berathenen Verfassungsentwurf, noch irgend einen andern Entwurf dieser Art, sondern nur das angefangene Eisenbahngesetz, das Budget u. dgl. vorlegen. (H. C.)

Italien.

* Rom, 8. Jan. Um dem russischen Thronfolger die Besuche der einzelnen Ateliers zu ersparen und zugleich den Künstlern einige

Er
han
dies
mä
schö
dig,
Lan
Kün
ein
ritter
Kied
stum
stell
von
rieur
stum
bei d
rische

fische
von
Der
Masu
hohen
mache
leucht
Feste
geben
in dem
von
besuch
den I
der U
lehren.
Nachr
2. Jan
nächste
tetes
gehalte
und di

* N
rend d
vernünft
seine je
dies hier
auf dem
Neidisch
sie den
ren, die
anders
gende
den un
theile a
überall
Unbank
täglich
sitzungen
von dem
einzelnen
Innern
Sicilien
polizeilich
formirt
nistraton
von Nea
neapolita
auch über
Schwung
Könige
Insel über
dieselben
Bei der
Entrichtur
werden.

Erleichterung zu verschaffen, haben die deutschen Maler und Bildhauer ihre Arbeiten in vier Ateliers ausgestellt. Der Prinz hat dieselben besucht und wird in diesen Tagen bestimmen, welche Gemälde er zu besitzen wünscht. Bei Catel sah man verschiedene schöne Landschaften desselben, namentlich eine Marine von Venedig, einige Costumes von Pollak und andere minder bedeutende Landschaften; in Lindau's Atelier ein treffliches Genrebild dieses Künstlers, eine Scene aus der römischen Campagna darstellend, in der ein Büffel eine Frau mit dem Säuglinge verfolgt, während drei berittene Hirten zu Hilfe eilen; ferner zwei liebliche Genrebilder von Riedel, drei Mädchen, die sich baden, und zwei Mädchen in Costume; historisch-romantische Scenen von Lörmner, einen Engel in Paßell von Mlle. Ellenrieder, eine Landschaft von Hottenroth, Aquarelle von Kähler und Werner; bei Schaffer Landschaften und Intérieurs desselben, eine große Landschaft mit Marine von Smelin, Costumes von Zeller und Kretschmar, eine biblische Scene von Zhle; bei dem alten Reinhard Landschaften desselben und gelungene historische Bilder von Schubert und Klepenhausen.

Rom, 8. Jan. Auf dem Balle, welchen gestern Abend der russische Gesandte, Hr. v. Potemkin, dem Großfürsten-Thronfolger von Rußland gab, war die ganze feine Welt Roms versammelt. Der Prinz, der viel tanzte, führte zur Freude aller Anwesenden die Masurka mit großer Gewandtheit aus. Der Papst, welcher dem hohen Gast auf alle Weise seinen hiesigen Aufenthalt angenehm zu machen sucht, wollte ihm das imposante Schauspiel der Kuppelbeleuchtung von St.-Peter veranstalten, was aber, wie einige andere Feste im Freien, wegen der unbeständigen Witterung wieder aufgegeben wurde. Dafür wird er übermorgen dem Prinzen ein Dejeuner in dem Pavillon im Garten des Vaticanus geben: eine Auszeichnung von Seiten des Papstes, welche gewiß wenigen Monarchen, die Rom besuchten, zu Theil geworden ist. Die Abreise des Prinzen soll auf den 17. Jan. festgesetzt sein. Wie wir hören, wird er in Neapel und der Umgegend nur zwei Wochen bleiben und dann hierher zurückkehren. Ob er den Carneval hier zubringen wird, hängt von den Nachrichten ab, welche er aus Petersburg erwartet. — Für die am 2. Jan. in Pisa verstorbene Herzogin von Würtemberg soll hier am nächsten Freitag ein durch die hiesige französische Botschaft veranstaltetes solennes Seelenamt in der Nationalkirche San Luigi bei Francesi gehalten werden, wozu die hohe Geistlichkeit, das diplomatische Corps und die ersten Personen der Stadt geladen sind. (Allg. Btg.)

* Neapel, 6. Jan. Wie sich die Sicilier ihrem König während dessen Anwesenheit auf der Insel genähert (wenigstens der vernünftigeren und besseren Theil derselben), so scheint auch der König seine jenseitigen Unterthanen lieb gewonnen zu haben und spricht dies hier nun deutlich aus. Den Neapolitanern, welche die Sicilier auf den Tod hassen, ist diese gegenseitige Annäherung ein Gräuul. Neidisch auf die durch die Constitution gegründeten Vorrechte, hätten sie den König auf der Insel gern mit der größten Strenge verfahren, die segnende Verfassung umstürzen sehen. Nun ist Alles ganz anders gekommen. Die Vorrechte sind nicht geschmälert, begünstigende Anordnungen getroffen, Entzogenes wieder zurückgegeben worden und die sicilische Verfassung steht gegenwärtig nach dem Urtheile aller Sachkundigen fester als je. Hierüber hört man nun überall hämische Bemerkungen und tadelnde Urtheile über Schwäche, Undank ic. Diesem neidischen Tadel zum Trost erscheinen beinahe täglich neue Beweise der väterlichen Sorge des Königs für die Befestigungen jenseit des Faro. In Palermo sind die verschiedenen, jedoch von dem Ministerium in Neapel abhängenden Behörden, nämlich die einzelnen Ministerien der Justiz, der kirchlichen Angelegenheiten, des Innern, der Finanzen und der Polizei, bei dem Statthalter in Sicilien wieder eingesetzt und das nöthige Personal ernannt. Die polizeilichen Einrichtungen sind zum zweiten Male revidirt und reformirt und das Personal bedeutend vermehrt worden. Die Administration der Gefängnisse ist ebenfalls verbessert und mit derjenigen von Neapel auf gleichen Fuß gestellt worden. Gott gebe nur, daß neapolitanische Bestechlichkeit, Veruntreuung und Unterschleif nicht auch über den Faro kommen, wenn sie jenseit noch nicht im Schwunge sein sollten. — In Folge der vielen Klagen, welche dem Könige bei der Durchreise und während des Aufenthalts auf der Insel über die gerichtlichen Administratoren eingereicht wurden, sind dieselben verpflichtet worden, halbjährlich genaue Rechnung einzugeben. Bei der Wahl derselben soll künftig mit der größten Vorsicht, nach Entrichtung einer sehr bedeutenden Cautionssumme, zu Werke gegangen werden. — Auch in dem zweiten Semester des verflossenen Jahres

wurde wieder eine außerordentliche Anzahl Actien, zu 100 Pf. St., der englischen Staatsschuld abbezahlt, nämlich 930 statt 276. Von den 654 außerordentlichen wurden 480 mit 288,682 Ducati angekauft, welche nicht zu Auslösung von Renten verwendet wurden, weil diese letztern über Paris standen; die übrigen 174 Actien wurden aus den Fonds der Majoratsgelder der königlichen Prinzen erworben. Es bleiben nun an die englische Schuld von 2 1/2 Mill. Pf. St. noch 13,829 Actien zu 100 Pf. St. zurück zu zahlen. — Die Bevölkerung der Provinzen diesseit des Faro betrug am 1. Jan. 1837 6,081,997 Seelen, am 1. Jan. 1838 nur 6,021,284, es ergibt sich also eine Verminderung von 60,709 Seelen. Unter den Verstorbenen waren 38 Individuen von mehr als 100 Jahren, nämlich 13 Männer und 25 Frauen. Von 1817—37 stieg die Bevölkerung um 1,046,352 Seelen.

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 8. Jan. Die Stattdning meldet, daß der Staatsminister des Auswärtigen vom Könige den Befehl erhalten, durch die königliche Gesandtschaft in London die vor einiger Zeit abgebrochene Unterhandlung mit dem englischen Cabinet wegen Wiedererrichtung einer Dampfschiffahrt zwischen Gothenburg (von dessen Kaufmannschaft ein Gesuch deshalb an unsere Regierung gerichtet ist) und England zu erneuern. Ein von dem Staatsminister entworfener Vorschlag zu einer Übereinkunft deshalb ist von dem Könige genehmigt und dem Gesandten übersandt worden.

Türkei.

Seit Kurzem ist wieder stark davon die Rede, die Regierung beabsichtige mit dem Hause Rothschild ein Anlehen von 4 Mill. Gulden abzuschließen. Als Unterpfand dafür soll die Insel Scio verlangt oder angeboten worden sein, wie verschiedene Angaben sagen. Wir glauben nicht, daß diese Frage schon so weit vorgeschritten, obgleich es bekannt ist, daß die Pforte sich in großer Finanzverlegenheit befindet. (Schl. Btg.)

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Die Frauen in Massachusetts haben dem Congresse Bittschriften übergeben, worin sie die Anerkennung der Republik Haiti und die Anknüpfung eines diplomatischen Verkehrs mit derselben in Antrag bringen. Hr. Green sprach in der Rede, die er im Hause der Repräsentanten zu Gunsten jener Gesuche hielt, viel von den Reizen und Reichthümern und den großen Erinnerungen Hispaniolas, wo Columbus zuerst den Fuß auf amerikanische Erde setzte. Der Gedanke, einen schwarzen Gesandten anzunehmen, erregte nicht wenig Unruhe während der Verhandlung, doch wurde die Annahme der Gesuche mit 172 gegen 12 Stimmen beschlossen.

— Nach dem New York Courier hat sich in den Rechnungen eines angesehenen Finanzbeamten der Regierung, Hrn. Swartwout, ein Kassendefect von 1,374,119 Dollars ergeben, der schon seit 1830 seinen Anfang genommen zu haben scheint.

Mexico.

Briefe aus Neuorleans von der Mitte des December melden, daß die mexicanischen Truppen seit der Einnahme von San Juan de Ulloa sich zur Empörung hinzuneigen scheinen, woraus man auf einen baldigen Sieg der Föderalistenpartei schließen will. Schon sollen sich mehre bedeutende Städte für dieselbe erklärt, in andern soll das Volk zu den Waffen gegriffen haben. Aus Mexico selbst hatte man in Neuorleans keine nach dem Falle von San Juan de Ulloa geschriebene Briefe erhalten; doch meinte man, daß in der Hauptstadt friedliche Gesinnungen die Oberhand behalten dürften und eine Änderung der Regierung die Folge jenes Ereignisses sein würde.

Börsennachrichten.

Wien, 16. Jan. 5% Met. 108 1/8; 4% Met. 100 1/2; 3% Met. 80 1/4; W. B.-Act. 1484—1486; W. 500-Fl.-L. 139 1/2; W.-Nordb. 104 3/8; Ven.-Mail.-C. 104 1/8; Wien.-Raab. C. 105 3/8.

Augsburg, 17. Jan. Augsb.-Münchn. C. 104 G.; Ludw.-Don.-Main.-Kan.-Act. 72; Venet.-Mail. C. 104.

Hamburg, 17. Jan. W. B.-Act. 1490; 3% Dän.-Engl. 71 3/8; 5% 103 3/4; 2 1/2% Holl. Int. 53 1/8.

Redigirt unter Verantwortlichkeit der Verlagshandlung.
Druck und Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

A n k ü n d i g u n g e n.

[168]

B e k a n n t m a c h u n g.

Durch testwillige Verfügung des am 28. Januar 1838 hier verstorbenen kaiserlich russischen Majors a. D., Herrn **Nicolas Adamowitsch von Olsuffeff**, ging dessen gesamtes Vermögen, mit Ausnahme einiger Legate, zu gleichen Theilen an folgende hier befindliche Wohlthätigkeitsanstalten über:

die königliche Blinden-Anstalt, das Taubstummen-Institut, den Privat-Verein für Heilung von Blinden, die hiesige Armen-Versorgungs-Behörde.

Nach Maßgabe der im Hauptwerke vollendeten Erbschafts-Regulirung wird jede der vorgenannten Anstalten einen Vermögensantheil von nahe 17,500 Thlr. erhalten und somit die zum Besten der Letztern, nach der Absicht des Erblassers, zu verwendende jährliche Einnahme 6—700 Thlr. betragen.

Über die Art und Weise, wie dieser Betrag für die königliche Blinden-Anstalt alljährlich verwendet werden soll, ist von Seiten der unterzeichneten Commission, unter Beirath und Beistimmung des im Testament des Verewigten zum Executor und Curator ernannten Herrn Advocat **Ernst Wilhelm Seyffert**, die Bestimmung dahin getroffen worden, daß damit

- a) fünf bis sechs Olsuffeff'sche Freistellen in hiesiger Blinden-Anstalt, die unter den zeitherigen Verhältnissen einen jährlichen Aufwand von 5—600 Thlr. erfordern, begründet,
- b) 30 Thlr. zur jährlichen Feier eines Stiftungsfestes in der Anstalt am Todestage des Verstorbenen verwendet und
- c) der dann noch etwa verbleibende Überschuss theils zur Ausstattung dieser Olsuffeff'schen Blinden, bei ihrer Entlassung aus der Anstalt, theils zur Begründung einer seibenten Freistelle bestimmt werden soll.

Über die Ergebnisse dieser Verwaltung wird alljährlich eine Übersicht öffentlich mitgetheilt werden.

Die Gesuche um Verleihung dieser Freistellen sind bei der unterzeichneten Commission anzubringen.

Die Bedingungen zur Aufnahme, deren Erfüllung durch ärztliches und obrigkeitliches Zeugniß gehörig zu bescheinigen ist, sind folgende:

- 1) ein Lebensalter von nicht unter acht und nicht über zwölf Jahren;
- 2) unheilbare Blindheit;
- 3) körperliche Gesundheit und Freiheit von andern Gebrechen und organischen Krankheiten;
- 4) Unvermögenheit des Blinden und seiner nächsten Angehörigen.

Der Aufenthalt in der Anstalt dauert in der Regel bis zum Verlauf eines Jahres nach der Confirmation.

Wegen der vom Blinden mitzubringenden Ausstattung treten die Bestimmungen der Bekanntmachung vom 26. Mai 1834, Num. 85 der Geses-Samml. v. J. 1834, ein.

Die Stiftung und somit Befegung dieser Olsuffeff'schen Freistellen beginnt mit dem 1. Januar 1839.

Wenn mit dieser, bedürftigen Mitbrüdern gewidmeten unvergänglichen Stiftung manche Sorge bekümmerter Ältern erleichtert, manche Bedrängniß armer Blinden beseitigt, deren Kindheit und erste Jugend erheitert und nach und nach Viele zum selbstständigen Erwerb, und zur nützlichen Theilnahme an der bürgerlichen Gesellschaft befähigt werden, so möge der Himmel dem edlen Stifter für dessen fortwährend wohlthätiges Wirken hienieden jenseits lohnen.

Dresden, am 30. December 1838.

Königlich Sächsische Commission für Straf- und Versorg.-Anstalten.
von Lindenau.

Seyffert, S.

[167]

B e k a n n t m a c h u n g.

Zu Deckung der für die in dem Zeitraume vom 1. April bis mit dem 30. September vorigen Jahres oder innerhalb des Termins Michaelis 1838 in den alten Erblanden sich ereigneten und alhier angezeigten Immobilien-Brand- und Feuergeräthschäden ausgesetzten Vergütungen, ingleichen der, während des gedachten Zeitraums bei der Landes-Brandversicherungsanstalt unumgänglich erforderlich gewesenem Verwaltungs- und durch die Ausführung des Gesetzes vom 14. November 1835 außerordentlich verursachten Catastrationskosten ist ein Beitrag von Sieben Pfennigen von jeden 25 Thalern oder 2 Groschen 4 Pfennigen von jeden 100 Thalern der bis zum 30. September v. J. bestandenen Versicherungs-Summe erforderlich. Indem nun die, wegen der nach diesem Maßstabe zu leistenden Brandvergütungsbeiträge, angefertigten Ausschreiben gegenwärtig an die Behörden übersendet worden, so wird solches zugleich hierdurch mit der Bemerkung öffentlich bekannt gemacht, daß die einzelnen Vergütungsbeiträge und sonstigen Berechnungen mit speciellen Nachweisungen, aus diesem Ausschreiben und der Beilage zu selbigem nicht nur bei den Obriskeiten eingesehen werden können, sondern auch durch die Amtshauptmannschaften und beziehentlich die Gesamt-Kanzlei zu Glauchau veröffentlicht werden sollen.

Dresden, am 3. Januar 1839.

Königliche Brandversicherungs-Commission.

Dr. Merbach.

Seyffert.

[166]

Offene Stelle.

Für ein ansehnliches Fabrikgeschäft in einer bedeutenden Fabrikstadt der preuss. Rheinlande wird ein in deutscher Correspondenz und Buchhaltung, sowie überhaupt im kaufmännischen Wissen wohl erfahrener Mann evangelischer Confession gesucht, dem man die Leitung der Comptoirarbeiten mit allem Vertrauen übertragen könnte, und welchen man, bei befriedigenden Leistungen, sehr anständig honoriren, und ein ganz freundschaftliches Verhältniss zu der Principalschaft zusichern würde. Anerbietungen sind, mit **K. T.** bezeichnet, an die Expedition dieser Zeitung zu richten.

[165]

Grosse Staats-Lotterie

von **1240000** Thalern, 34000 Loosen, 5 Klassen.

17000 Gewinne von Reichsthälern:

100000, 50000, 30000, 20000, 10000 u. 10000,

86 Mal **5000, 4000, 3000, 2000 und 1000,**

1500 Mal **400, 200 und 100** u. u.

Kauf-Originalloose à 24 $\frac{1}{2}$ Thlr. zur dritten Klasse, Ziehung am 18. Februar 1839, oder 40 $\frac{1}{2}$ Thlr. für alle Klassen empfiehlt bestens die concessionirte Lotterie-Collection von

Moritz Meyer junior in Leipzig,
Comptoir, Brühl Nr. 516 im Gewölbe.

Die

Die Be
täglich
Wesens
angen
ten
In: uPortu
Donabr

Au
eingetro
Verhand
Legitima
wahrsche
einer M
Kammer
hat durc
mittelbar
Eröffnun
gefunden
General
Belause
gutem C
rillachef
26 M.
responde
portugies
selbst hat
bieters, d
wo er ar
einzufalle

M
S

Sitte ger
nat über
zu richten
(Nr. 18)
nicht zu
seinen P
jeht, da
vermehr
wartet, d
Zeit betr
akter der
er in den
in den B
ger Gesa
Bürgerkr
Zeit einen
begangen
Die Unm
opferter
die Leiden
verstumm
es auch u
gab, die
und waff
schlachtet
und den
nün einm
unmenschl
dabei beh
die betrüb
der Nation
seines Bet
als möglic
Unheil de
ohne Zwe
Freiheit ve